

densobere bzw. Ordensoberinnen auf, sie sollten auf nationaler Ebene zur gegenseitigen Information vermehrt gemischte Kommissionen bilden (Nr. 50). Ansonsten verpflichtet er die Mitglieder der Ordensgemeinschaften auf das Vorbild der Stifter und Stifterinnen ihrer Gemeinschaften und den „Sinn für die Kirche“, den diese bewiesen hätten. Viel Beachtung fand während der Bischofssynode die Frage nach der Lage der Frauen in den Orden bzw. den *Frauenorden*. Manche Forderungen in bezug auf die Stellung der Frau „in verschiedenen gesellschaftlichen und kirchlichen Bereichen“ nennt Johannes Paul II. „berechtigt“ (Nr. 57). Frauen müßten Räume zur Mitwirkung in verschiedenen Bereichen und auf „allen Ebenen eröffnet werden, auch in den Prozessen der Entscheidungsfindung“. Zugleich fordert er sie auf, einen „neuen Feminismus“ zu schaffen, „der, ohne in die Versuchung zu verfallen, ‚Männlichkeits‘-Vorbildern nachzujagen, ... zur Überwindung jeder Form von Diskriminierung, Gewalt und Ausbeutung den echten weiblichen Geist in allen Ausdrucksformen des bürgerlichen Zusammenlebens zu erkennen und zu bekunden versteht“ (Nr. 58).

Der Papst geht auch auf den *Rückgang*

an *Ordensberufungen* ein bzw. auf die Lage von Gemeinschaften, deren Existenz vor allem auf Grund der schwierigen Nachwuchssituation bedroht ist (Nr. 63). Aufmerksam registriert er die Entwicklung des Ordenslebens in *anderen christlichen Kirchen* (Nr. 2, 6). Sympathie gibt er zu erkennen für die Erneuerung der *Jungfrauenweihe* (Nr. 7) sowie – unter bestimmten Bedingungen – der Ermöglichung *neuer Beitrittsformen* (assoziierte Mitglieder, Volontariat; Nr. 56).

Die hohe Wertschätzung des Papstes für das Ordensleben, die aus „*Vita consecrata*“ spricht, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß man auch nach diesem nachsynodalen Schreiben nicht den Eindruck hat, als sei man in wichtigen anstehenden Fragen entscheidend weitergekommen. Diese Erwartung konnte sich aber auch wohl nicht erfüllen, denn – auch das belegt „*Vita consecrata*“ – das Verständnis von Rolle und Wesen des Ordenslebens hängt viel zu sehr mit dem Verständnis von Rolle und Wesen der Laien wie der geweihten Amtsträger zusammen, als daß von einem Apostolischen Schreiben über die Orden allein in dieser Hinsicht entscheidend neue Impulse zu erwarten gewesen wären.

K. N.

das schlechte Verhältnis zwischen Staat und katholischer Kirche im Land selbst.

Als Slowenien Mitte 1991 seinen Austritt aus dem jugoslawischen Bundesstaat erklärte, kam es nur für einige Tage zu Kämpfen zwischen lokalen Milizeinheiten und der restjugoslawischen Armee. Verglichen mit dem Leid und den Zerstörungen, die in Kroatien und Bosnien-Herzegowina folgten, fielen die Opfer für die Unabhängigkeit gering aus. Das knapp zwei Millionen Einwohner zählende Land nahm politisch wie wirtschaftlich eine Entwicklung ähnlich den anderen Reformstaaten Ostmitteleuropas.

Streit um neue Gesetze

Der Vatikan war unter den ersten, die Slowenien diplomatisch anerkannten. In den päpstlichen Reisewünschen rückten allerdings Kroatien, Bosnien und Serbien nach vorne. Johannes Paul II. verfolgte vor allem das Ziel einer „Friedensmission“ auf dem Balkan durch die drei Metropolen Zagreb, Sarajevo und Belgrad. Von dem Plan konnte letztlich nur ein Besuch in Kroatien im Herbst 1994 verwirklicht werden (vgl. HK, Oktober 1994, 496 ff.). Erst danach widmete man sich im Vatikan konkret der Einladung aus Laibach.

Anders als etwa in Polen, Tschechien oder Ungarn konnten in Slowenien nach dem Ende des kommunistischen Regimes christlichdemokratische bzw. konservative Kräfte die Macht nicht zur Gänze übernehmen, und sei es auch nur vorübergehend. Zwar regierte nach den ersten freien Wahlen seit dem Zweiten Weltkrieg von 1990 bis 1992 das 7-Parteien-Bündnis DEMOS unter dem Christdemokraten *Lojze Peterle*. Die Präsidentschaftswahl gewann 1990 allerdings der ehemalige KP-Chef und Reformkommunist *Milan Kučan*.

Nach dem Sturz Peterles als Ministerpräsident im April 1992 bildete der Führer der Liberaldemokratischen Partei LDP, *Janez Drnovšek*, eine

Slowenien: Spannungen zwischen Kirche und Staat

Johannes Paul II. besucht vom 17. bis 19. Mai Slowenien, als letztes der Reformländer Ostmitteleuropas mit katholischer Mehrheit. Das Verhältnis zwischen Kirche und Staat ist gespannt. Die Kirche sieht sich mit den Nachwehen kommunistischen Ungeistes konfrontiert.

Am 18. Mai feiert Papst Johannes Paul II. seinen 76. Geburtstag – aller Voraussicht nach nicht im Vatikan, sondern auf Reisen. Seine 71. Auslandsreise führt ihn vom 17. bis 19. Mai nach Slowenien, wenn nicht sein schwankender Gesundheitszustand einen Strich durch die Pläne macht. Unter jenen ehemals kommunistischen

Ländern Ostmitteleuropas, deren Bevölkerung sich mehrheitlich zum Katholizismus bekennt, ist Slowenien das letzte, dem der Papst seine Aufmerksamkeit macht. Zwei Gründe dürften für das relativ späte Zustandekommen dieser Visite ausschlaggebend gewesen sein: die tragischen Entwicklungen im Zuge des Verfalls Jugoslawiens und

Übergangsregierung. Er ist ebenfalls ehemaliger hochrangiger Kommunist, seine Partei ist aus dem kommunistischen Jugendverband hervorgegangen. Die ersten Parlamentswahlen im unabhängigen Slowenien im Dezember 1992 gewinnt Drnovšek. Zum Präsidenten kürt das Volk wiederum Milan Kučan, der noch heute der angesehenste Politiker im Land ist.

Die slowenische Kirche sieht in den gestörten und mühsamen Beziehungen zum Staat die Ausläufer der Kirchenunterdrückung unter dem KP-Regime, in dem die heutigen führenden Politiker Sloweniens groß geworden sind. Eine gemischte *Staat-Kirche-Kommission*, in der die offenen Fragen geklärt und verhandelt werden sollen, kam und kommt in ihrer Arbeit so gut wie nicht voran. Die Verhandlungen über ein *Konkordat* mit dem Vatikan sind ebenso ohne greifbares Ergebnis.

Zwei Gesetzesbeschlüsse jüngeren Datums führten im Gegenteil zu einer Verschärfung der Polemiken zwischen Kirche und Politik. Anfang März verabschiedete das Parlament ein neues *Grundschulgesetz*. Darin ist nur für die 12- bis 15jährigen Grundschüler Religionsunterricht vorgesehen, und dies nur in Form eines nichtkonfessionellen Wahlfachs „Religion und Ethik“. Es soll ab 1998 an einigen Schulen erprobt und ab 2001 eingeführt werden. Die katholischen Bischöfe sprachen zwar von einem Schritt in die richtige Richtung, weil damit der Öffentlichkeit ein „toleranteres Verhältnis“ zur Religion signalisiert werde (manche Gegner des Gesetzes sahen bereits in dem Wahlfach eine neue „Ideologisierung“ der Schulen). Ziel der Kirche ist aber weiterhin ein *konfessioneller Religionsunterricht*. Besondere Kritik übten die Bischöfe an der Bestimmung im Gesetz, wonach in öffentlichen Kindergärten und Schulen jede Form konfessioneller Tätigkeit untersagt ist.

Im Dezember 1995 verabschiedete das Parlament ein Moratorium für die *Rückerstattung von Eigentum*, das unter faschistischer Besatzung ab 1941 und unter den Kommunisten ab 1945 beschlagnahmt wurde. Das entspre-

chende Restitutionsgesetz von 1991 wurde für drei Jahre außer Kraft gesetzt. Das Moratorium gilt für Grundbesitzungen von mehr als 200 Hektar und trifft vor allem die katholische Kirche sowie ausländische Großgrundbesitzer (womit mehrere österreichische Adelsfamilien gemeint sind, deren Nachfahren große Forstbesitzungen zurückverlangen).

Die Kirche sieht in dem Zusammenhang auch ihre künftige Finanzierung gefährdet. Ihren Vorstellungen nach sollten etwa 15 Prozent des Kirchenbudgets aus einem Rückgabefonds des Staates kommen. 35 Prozent aus einer Kirchensteuer nach italienischem Modell, 20 Prozent aus Entgelten für kirchliche Dienste im Sozialbereich und in der Schule und 30 Prozent aus Spenden. Der Weg dahin dürfte allerdings weit sein.

Eine Synode ist geplant

Für heftige Polemiken in der Öffentlichkeit sorgte auch eine andere Finanzfrage, nämlich die *Kosten des Papstbesuchs*. Die Bischöfe drohten gar nach ihrer Sitzung im März mit einer Absage des Besuchs, sollte der Staat seine verbindlich gemachten Zusagen über eine Aufteilung der Kosten von mehr als zehn Millionen DM nicht einhalten. Präsident Kučan versuchte zu beschwichtigen, eine Lösung wurde schließlich gefunden. Kučan sprach von der Notwendigkeit, gegenseitiges Vertrauen aufzubauen.

Ministerpräsident Drnovšek gibt sich da weniger zurückhaltend. Er erklärte im Januar in einem Interview, die Staat-Kirche-Beziehungen seien im Augenblick „so schlecht, daß sie kaum noch schlechter werden können“. Schuld daran trage die Kirche, die sich „politisch aggressiv“ verhalte. Der Premier warf der Kirche vor, sie wolle in den Reformstaaten Ostmitteleuropas „die Macht übernehmen“.

Die Bischöfe reagierten mit einer gemeinsamen Erklärung, in der sie die „Unterstellungen“ Drnovšeks scharf zurückwiesen. Die Kirche vermisse jedenfalls auf staatlicher Seite die vom

Ministerpräsidenten geforderte „Partnerschaftlichkeit“ in den gegenseitigen Beziehungen: „Einige gesetzliche Regelungen sind uns aufgezwungen worden. Sie waren nicht Resultat einer Beziehung von Partnern.“

Da im Dezember die Legislaturperiode ausläuft und Neuwahlen anstehen, dürfte sich heuer im Staat-Kirche-Verhältnis nicht mehr viel bewegen. Die „Vereinigte Liste der Sozialdemokraten“ (ehemalige Reformkommunisten) verließ im Januar die Regierungskoalition mit der LDP und den Christdemokraten. Die Regierung verfügt daher nur mehr über eine knappe und wackelige Mehrheit im Parlament. Das größere Gewicht der Christdemokraten in der Regierung dürfte aber der Kirche nicht mehr viel nutzen. Die Christdemokraten erhoffen sich allerdings eine positive Wirkung des Papstbesuchs auf einen Teil der Wählerschaft.

Trotz des Gegenwindes aus Politik und Medien gelang es der katholischen Kirche Sloweniens, ihren Wiederaufbau und ihre Erneuerung nach den Jahrzehnten der Beschränkungen in Gang zu setzen. In allen drei Diözesen – Ljubljana (Laibach), Maribor (Marburg) und Koper – wurden Diözesansynoden durchgeführt. Noch vor dem Jahr 2000 soll eine gesamtslowenische Synode über die Bühne gehen. Die Suche der Menschen in Slowenien nach Religion und Lebenssinn ist gestiegen, das „religiöse Angebot“ allerdings auch. Die Zahl der praktizierenden Katholiken geht zurück. Die Kirche steht vor der Frage, wie sie die religiös Suchenden ansprechen und gewinnen kann.

Zu Jahresbeginn wurde ein *Rat der christlichen Kirchen* gegründet. Ihm gehören die römisch-katholische, die evangelische und die serbisch-orthodoxe Kirche an. Laut Volkszählung von 1991 sind 71 Prozent der Slowenen Katholiken, 2,5 Prozent Orthodoxe und knapp ein Prozent Protestanten.

Der Papst wird an seinen drei Besuchstagen alle drei Diözesen aufsuchen. Beim Festgottesdienst auf dem Flugfeld von Maribor soll Bischof *Anton*

Maria Slomšek seliggesprochen werden. Er war im 19. Jahrhundert der große Wegbereiter der religiösen und kulturellen Renaissance der Slowenen. Der Vorsitzende der bischöflichen Medienkommission und Mitorganisator der Papstvisite, Prälat *Janez Gril*, ließ allerdings noch Mitte April mitteilen, die Seligsprechung Slomšeks sei nicht sicher.

Mehr Selbstbewußtsein erhofft

Man darf gespannt sein, ob Johannes Paul II. in einer seiner Reden ein heikles Thema der slowenischen Öffentlichkeit anspricht: die Vorgänge während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Kirche hat sich in den vergangenen Jahren stark dafür eingesetzt, die Jahre der deutschen und italienischen Besatzung und die Kämpfe zwischen den kommunistischen Partisanen und den „Domobranci“ (Heimwehr) von der kommunistischen Lesart zu befreien und neu aufzuarbeiten. Sie erntete dafür heftige Prügel vor allem von seiten der ehemaligen Partisanen, die sich sogar mit einem Brief an den Papst wandten. Darin hieß es, einige „verstiegene“ Repräsentanten der katholischen Kirche wollten „neuen Haß“ im slowenischen Volk säen und

rechtfertigten die „Kollaboration“ eines Teils des damaligen Klerus mit den Besatzungstruppen Mussolinis und Hitlers. Nuntius *Edmont Farhat* ließ die Partisanen wissen, es fehle ihnen an Dialog- und Versöhnungsbereitschaft.

Auch das Verhältnis zwischen Slowenien und Italien steht im Zeichen solcher gegenseitiger Beschuldigungen über Greuelthaten während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Italien will einem Assoziierungsabkommen Sloweniens mit der EU erst dann zustimmen, wenn Laibach EU-Bürgern Grundenerwerb in seinem Land ermöglicht. Nach dem Krieg enteignete Italiener sollen damit die Möglichkeit erhalten, ehemaligen Besitz wiederzubekommen.

Sloweniens Kirche erhofft sich von der Visite Johannes Pauls II. neuen Mut und eine Stärkung des Selbstbewußtseins der Katholiken. Vertreter von Kirche wie Staat sehen aber auch die politische und außenpolitische Dimension des Pastoralbesuchs. Prälat *Gril*: „Slowenien ist ein neuer, kleiner, selbständiger Staat, ganz demokratisch – und wenn der Papst zu uns kommt, ist dies auch ein Zeichen, daß wir in normalen Verhältnissen leben. Wir werden für einige Tage im Blickpunkt der ganzen Welt sein.“ *J. P.*

März festlich begangen wurde, liegt jetzt auch eine umfangreiche Arbeit vor, die sich mit den ersten 30 Jahren dieses Gremiums befaßt (*Barbara Schwahn*, Der Ökumenische Arbeitskreis evangelischer und katholischer Theologen von 1946 bis 1975, Göttingen 1996).

Enge Verbindung zu den Kirchen

Die Bedeutung des Ökumenischen Arbeitskreises für die ökumenische Arbeit in Deutschland ergibt sich zum einen durch die *Kontinuität* seiner Arbeit: Die bisherige Geschichte dieser Institution umfaßt die mühsamen Anfänge des evangelisch-katholischen Ökumenismus nach der Zäsur von 1945, die Veränderung der Rahmenbedingungen durch das Zweite Vatikanum und den damit verbundenen offiziellen Eintritt der katholischen Kirche in die ökumenische Bewegung, die Zeit des „Säkularökumenismus“ und der großen ökumenischen Hoffnungen der späten sechziger und frühen siebziger Jahre wie die sich ihr anschließende Phase mühsamer Kleinarbeit bei nicht sehr klaren Perspektiven.

Charakteristisch für das Gremium war und ist daneben auch seine *enge Verbindung zu den Kirchen und ihren Leitungsorganen*. Ins Leben gerufen wurde der Arbeitskreis vom Paderborner Erzbischof und späteren Kardinal *Lorenz Jaeger*, der schon in den Kriegsjahren entsprechende Pläne verfolgt hatte. Jaeger blieb katholischer Vorsitzender bis 1975; auf evangelischer Seite führte von 1946 bis 1970 *Wilhelm Stählin*, von 1945 bis 1952 Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Oldenburg, den Vorsitz. Sein Nachfolger wurde *Hermann Kunst*, Evangelischer Militärbischof und EKD-Bevollmächtigter in Bonn, der den Vorsitz bis 1986 innehatte. Katholischer Vorsitzender war von 1976 bis 1988 *Hermann Volk*, Bischof von Mainz und späterer Kardinal. Der Arbeitskreis hatte von Anfang an einen halboffiziellen Status, handelte

Theologie: 50 Jahre Ökumenischer Arbeitskreis

Seit 1946 treffen sich deutsche evangelische und katholische Theologen im Rahmen des „Ökumenischen Arbeitskreises“. Aus der Geschichte des evangelisch-katholischen Gesprächs in den letzten Jahrzehnten ist dieser Kreis nicht wegzudenken.

Der „Ökumenische Arbeitskreis evangelischer und katholischer Theologen“ machte in einer breiteren kirchlichen Öffentlichkeit erstmals von sich reden, als er im Auftrag der nach dem Papstbesuch vom November 1980 gebildeten „Gemeinsamen Ökumenischen Kommission“ die Studie über die Lehrverurteilungen des 16. Jahrhun-

derts erarbeitete (vgl. HK, März 1986, 139 ff.). Gegründet wurde der Arbeitskreis allerdings schon 1946, zu einer Zeit also, in der die Ökumene zwischen katholischer Kirche und reformatorischen Kirchen noch in den Kinderschuhen steckte. Rechtzeitig zum fünfzigjährigen Jubiläum, das bei der diesjährigen Tagung des Kreises Ende